

In der Senatssitzung am 23. Januar 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

15.01.2024

S 8

Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.01.2024

Barrierefreies 49€-Ticket

Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Menschen werden in der Stadt Bremen nach Schätzung des Senates aufgrund des Ergebnisses der Bonitätsanfrage vom Kauf eines 49€-Tickets ausgeschlossen?
2. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass das 49€-Ticket ausschließlich als sich automatisch verlängerndes Abonnement erworben werden kann?
3. Wird das 49€-Ticket in Bremen, bspw. für Menschen ohne Internetanschluss, auch weiterhin als Chipkarte angeboten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu 1: Bei der BSAG wird beim Deutschlandticket kein Kunde wegen fehlender Bonität abgelehnt. Beim Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) laufen die Anfragen über die Fahrplaner-App über einen Zahlungsdienstleister. Auch hier gibt es keine Erkenntnisse, dass Kunden abgelehnt wurden.

Zu 2: Der Senat begrüßt die aktuellen Regelungen für das Deutschlandticket. Auf Basis der abgestimmten Beschlüsse des Deutschen Bundestag und des Bundesrats wird das Deutschlandticket als monatlich kündbares, digitales Abo vertrieben. Die monatliche Kündigung ist ebenso möglich wie auch ein neues Abonnement im Folgemonat. Durch die monatliche Kündbarkeit ist eine flexible Anpassung an den jeweiligen persönlichen Mobilitätsbedarf möglich.

Zu 3: Das Deutschlandticket wird bei der BSAG auch weiterhin als Chipkarte angeboten. Eine Antragstellung ist weiterhin auch per Papierantrag möglich.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung vom 15.01.2024 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.